

Deutscher Fahnschwinger Verband e.V.



Konrad ©

Satzung 2015



Satzung

I. Name, Sitz, Zweck

§ 1

- 1) Der Verein führt den Namen „Deutscher Fahnschwinger Verband (DFV)“. Er hat seinen Sitz in Konstanz.
- 2) Der Verband soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 2

- 1) Sinn und Zweck des Verbandes ist es, die alte als Brauchtum bezeichnete Sportart des Fahnschwingens zu erhalten, zu pflegen und zu fördern.
- 2) Der Verband führt seinen Zweck aus durch Grundlagenforschung, Lehrgänge, Veranstaltungen und sportliche Wettkämpfe.
- 3) Im Rahmen der Verbandsziele fördert er die Jugendarbeit.
- 4) Die den Mitgliedern in ihren Stammvereinen eigenen Traditionen werden vom Verband in keiner Weise beeinflusst. Auf Wunsch wird aber beraten und unterstützt.
- 5) Mit anderen Organisationen gleicher oder ähnlicher Zielsetzung wird eine enge Zusammenarbeit angestrebt.

§ 3

- 1) Der Verband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- 2) Der Verband ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- 3) Mittel des Verbandes dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes.
- 4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des Verbandes fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergünstigungen, begünstigt werden.

- 5) Für Tätigkeiten, die nicht in der Funktion als Vorstandsmitglied ausgeführt werden, kann eine Vergütung maximal in Höhe des Ehrenamtsfreibetrags (§3 Nr.26 EStG) in der jeweils geltenden Fassung gezahlt werden. Über die Gewährung einer Tätigkeitsvergütung entscheidet der Vorstand auch dann, wenn die Vergütung an Mitglieder des Vorstands gezahlt werden soll."

II. Mitgliedschaft

§ 4

- 1) Der Bundesverband besteht aus:
- a) aktiven Mitgliedern der Landesverbände
 - b) aktiven Mitgliedern von Vereinen mit Sitz in Bundesländern ohne bestehenden Landesverband
 - c) passiven Mitgliedern
 - d) fördernden Mitgliedern
 - e) Ehrenmitgliedern
- 2) Es ist zulässig, einzelne Mitglieder von der Vereins- oder Verbandsmitgliedschaft im DFV aus zu schließen.

§ 5

- 1) Die Aufnahme von Mitgliedern in den Verband erfolgt auf schriftlichen Antrag.
- 2) Über die Aufnahme entscheidet der geschäftsführende Vorstand.
- 3) Ehrenmitglieder werden auf Vorschlag des Vorstandes durch die Jahreshauptversammlung ernannt.

§ 6

- 1) Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Verband in seiner Tätigkeit und seinem Ansehen zu unterstützen.
- 2) Es verpflichtet sich zur genauen Einhaltung der Satzung.
- 3) Den Anordnungen des Vorstandes ist Folge zu leisten.

§ 7

Die Mitgliedschaft endet:

- 1) durch den Tod des Mitglieds
- 2) durch schriftliche Austrittserklärung gegenüber dem Vorstand
- 3) durch Ausschluss durch die Mitgliederversammlung.

Dieser kann erfolgen, wenn sich ein Mitglied trotz wiederholter Ermahnung gegen die Satzung vergeht oder sich unsportlich verhält, dem Ansehen des Verbandes schadet oder zwei Jahre mit dem Beitrag im Rückstand ist.

Vor dem Ausschluss ist das Mitglied anzuhören.

Je nach Schwere des Verstoßes kann der Ausschluss befristet werden.
Der Mindestausschluss beträgt jedoch 2 Jahre.

§ 8

- 1) Für die Mitgliedschaft wird ein Beitrag erhoben.
- 2) Die Mitgliedsbeiträge sind Jahresbeiträge und jeweils am 01. Januar eines Jahres im Voraus zu entrichten.

Die Beitragszahlung erfolgt bis zum 01.04. jeden Jahres

- 3) Ehrenmitglieder und fördernde Mitglieder sind beitragsfrei.

§ 9

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

III. Verwaltung

§ 10

Der Verband verwaltet seine Angelegenheiten durch:

- a) Jahreshauptversammlung
- b) außerordentliche Mitgliederversammlung
- c) den Vorstand

Die Jahreshauptversammlung ist insbesondere zuständig für:

- a) Änderung der Satzung
- b) Bestimmungen und Ordnungen, die nicht Bestandteil der Satzung sind
- c) Änderung der Geschäftsordnung
- d) Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Vorstandes
- e) Entlastung des Vorstandes
- f) Höhe des Mitgliederbeitrags
- g) Wahl von zwei Kassenprüfern für das künftige Geschäftsjahr
- h) Wahl des Vorstandes
- i) Ernennung von Ehrenmitgliedern
- j) Auflösung des Verbandes

§ 11

- 1) Die Jahreshauptversammlung findet im 1.Quartal jeden Jahres statt.
Das Datum und der Ort werden bei der vorhergehenden Versammlung bekannt gegeben.
- 2) Außerordentliche Mitgliederversammlungen finden statt:
 - a) auf Beschluss des Vorstandes
 - b) auf Antrag von mindestens $\frac{1}{4}$ der aktiven Mitglieder.

§ 12

- 1) Zu den Versammlungen wählen die Landesverbände Delegierte. Pro angefangene 25 der aktiven Mitglieder (Stand: 01. März d. J.) einen Delegierten.
Die Mitgliedermeldung erfolgt namentlich (+ Geburtsdatum) bis zum 01.03.jeden Jahres.

Vereine mit Sitz in einem Bundesland ohne bestehenden Landesverband, haben pro Verein eine Delegiertenstimme, jedoch max. 7 Stimmen pro Bundesland.
- 2) Zu den Versammlungen sind alle Stimmberechtigten unter Angabe der Tagesordnung mindestens 5 Wochen vor dem festgesetzten Termin schriftlich einzuladen.
- 3) Die schriftliche Form ist gegeben durch: E-Mail oder Fax oder Brief.

- 4) Anträge an die Versammlung sind mindestens 3 Wochen vor dem festgesetzten Termin schriftlich beim Vorstand einzureichen.
- 5) Dringende Anträge, deren sofortige Entscheidung im Interesse des Bundesverbandes zwingend erforderlich ist, können nach Ablauf des Termins noch bis zum Ende der Mitgliederversammlung eingebracht werden.

Ob die Dringlichkeitsanträge als solche zur Abstimmung gelangen, entscheidet die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.

- 6) Über die Beschlüsse der Versammlungen ist jeweils ein Protokoll zu führen, das vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

Die Mitglieder haben das Recht, in sämtliche Protokolle Einsicht zu nehmen.

§ 13

- 1) Ein Stimmrecht haben der Vorstand, Delegierte und Ehrenmitglieder.
- 2) Das Stimmrecht ist nicht übertragbar.
- 3) Das Stimmrecht beginnt ab dem vollendeten 16. Lebensjahr.
- 4) Mit Vollendung des 18. Lebensjahres ist jedes aktive Mitglied (wenn es mindestens 3 Monate Mitglied ist) für die im Verband zu besetzenden Ämter wählbar.

§ 14

- 1) Die Versammlung fasst ihre Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der erschienenen Stimmberechtigten.
- 2) Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Versammlungsleiters.
- 3) Zu einer Satzungsänderung ist die Zustimmung von mindestens $\frac{3}{4}$ der erschienenen Stimmberechtigten erforderlich.
- 4) Zu einer Zweckänderung ist die Zustimmung aller Stimmberechtigten erforderlich.
- 5) Die Auflösung des Verbandes kann nur einstimmig beschlossen werden. Es müssen hierbei $\frac{3}{4}$ der Stimmberechtigten anwesend sein.

§ 15

Zur Ergänzung der Satzung gibt sich der Verband eine Geschäftsordnung. Diese kann mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten in der Jahreshauptversammlung ergänzt oder geändert werden.

§ 16

- 1) Der Vorstand besteht aus:
 - a) dem geschäftsführenden Vorstand
 - b) dem erweiterten Vorstand

- 2) Der geschäftsführende Vorstand besteht aus:
 - a) dem Präsidenten
 - b) dem Vize-Präsidenten
 - c) dem Schriftführer
 - d) dem Kassier

- 3) Der erweiterte Vorstand besteht aus:
 - a) dem 2. Schriftführer
 - b) dem 2. Kassier
 - c) dem Jugendreferenten
 - d) dem Pressereferenten
 - e) dem Archivar
 - f) dem Fachreferenten für wettkampfmäßiges Fahnenschwingen
 - g) dem Fachreferenten für historisches Fahnenschwingen
 - h) dem Fachreferenten für das allgemeine Fahnenschwingen

- 4) Der Vorstand ist beschlussfähig bei Anwesenheit von mindestens 50% des Gesamtvorstandes und davon mindestens 50% des geschäftsführenden Vorstandes.

- 5) Der Vorstand ist der Jahreshauptversammlung für die Geschäftsführung verantwortlich.

- 6) Vorstandsbeschlüsse können in dringenden Fällen per Mail vom Präsidenten beantragt und per Mailbeteiligung des Vorstandes gefasst werden.
Auch hier gilt die Regelung des § 16 Abs.4.

- 7) Das Amt des Vereinsvorstandes wird grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt. Die Mitgliederversammlung kann abweichend davon beschließen, dass dem Vorstand für seine Vorstandstätigkeit eine angemessene Vergütung gezahlt wird.

§ 17

- 1) Die Wahl des Vorstandes erfolgt durch die Jahreshauptversammlung für die Dauer von 3 Jahren bis zur nächsten Wahl in der Jahreshauptversammlung.

- 2) Die Wahl erfolgt durch geheime oder, sofern dagegen kein Einspruch erhoben wird, durch offene Abstimmung.

- 3) Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während der Amtsperiode aus, wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied für den Rest der Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitglieds.

- 4) Der Vorstand kann zur Erledigung besonderer Aufgaben Einzelpersonen oder Arbeitsausschüsse beauftragen (z.B. Fachreferenten).

§ 18

- 1) Der geschäftsführende Vorstand ist Vorstand im Sinne des § 26 BGB.
- 2) Jedes Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes ist berechtigt, den Verband allein zu vertreten.
- 3) Im Innenverhältnis sind der Vize-Präsident, der Schriftführer und der Kassier verpflichtet, von ihrem Vertretungsrecht nur im Falle der Verhinderung der ihm in der Reihenfolge des § 16 (2) vorausgehenden Vorstandsmitgliedes Gebrauch zu machen.
- 4) Der Präsident, im Verhinderungsfalle der Vize-Präsident und bei dessen Verhinderung ein vom Vorstand bestimmter Vertreter leitet die Vorstandssitzungen und die Versammlungen.

§ 19

Allgemeiner Gerichtsstand ist Konstanz.

§ 20

Zur Ergänzung der Satzung gibt sich der Verband weitere Ordnungen, die nicht Bestandteil der Satzung sind. Sie werden durch die Jahreshauptversammlung erlassen.

§ 21

- 1) Mit dem Beitritt eines Mitglieds nimmt der Verband seine Adresse, sein Alter und seine Bankverbindung auf. Diese Informationen werden in den EDV-Systemen des Präsidenten, des Vizepräsidenten und des Kassiers gespeichert. Jedem Vereinsmitglied wird dabei eine Mitgliedsnummer zugeordnet. Die personenbezogenen Daten werden dabei durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der Kenntnisnahme Dritter geschützt. Sonstige Informationen zu den Mitgliedern und Informationen über Nichtmitglieder werden von dem Verband grundsätzlich nur verarbeitet oder genutzt, wenn sie zur Förderung des Vereinszweckes nützlich sind (z.B. Speicherung von Telefon- und Faxnummern einzelner Mitglieder) und keine Anhaltspunkte bestehen, dass die betroffene Person ein schutzwürdiges Interesse hat, das der Verarbeitung oder Nutzung entgegensteht.
- 2) Als Mitglied von weiteren Verbänden ist der Verband verpflichtet, die Namen seiner Mitglieder an den anderen Verband zu melden. Übermittelt werden außerdem Namen Alter und Vereinsmitgliedsnummer; bei Mitgliedern mit besonderen Aufgaben (z.B. Vorstandsmitglieder) die vollständige Adresse mit Telefonnummer, E-Mail-Adresse sowie der Bezeichnung ihrer Funktion im Verein.

- 3) Der Vorstand macht besondere Ereignisse des Verbandslebens, insbesondere die Durchführung und die Ergebnisse von Veranstaltungen sowie Feierlichkeiten am schwarzen Brett des Verbandes und/oder in der Verbandszeitschrift des Verbandes bekannt. Dabei können personenbezogene Mitgliederdaten veröffentlicht werden. Das einzelne Mitglied kann jederzeit gegenüber dem Vorstand Einwände gegen eine solche Veröffentlichung seiner Daten vorbringen. In diesem Fall unterbleibt in Bezug auf dieses Mitglied eine weitere Veröffentlichung am schwarzen Brett und/oder in der Vereinszeitschrift.

Nur Vorstandsmitglieder und sonstige Mitglieder, die im Verband eine besondere Funktion ausüben, welche die Kenntnis bestimmter Mitgliederdaten erfordert, erhalten eine Mitgliederliste mit den benötigten Mitgliederdaten ausgehändigt. Zur Wahrnehmung der satzungsmäßigen Rechte gibt der Vorstand gegen die schriftliche Versicherung, dass die Adressen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden, eine Mitgliederliste mit Namen und Anschriften der Mitglieder an den Antragsteller aus.

- 4) Der Verband informiert die Tagespresse sowie die Rundfunk und Fernsehanstalten über besondere Ereignisse. Solche Informationen werden überdies auf der Internetseite des Verbandes gemäß der vom Mitglied unterzeichneten Einwilligungserklärung für die Veröffentlichung von Mitgliederdaten im Internet veröffentlicht.

Das einzelne Mitglied kann jederzeit gegenüber dem Vorstand Einwände gegen eine solche Veröffentlichung seiner personenbezogenen Daten erheben bzw. seine erteilte Einwilligung in die Veröffentlichung im Internet widerrufen. Im Falle eines Einwandes bzw. Widerrufs unterbleiben weitere Veröffentlichungen zur seiner Person. Personenbezogene Daten des widerrufenden Mitglieds werden von der Homepage des Vereins entfernt. Der Verband benachrichtigt alle Organisationen und Verbände, denen er angehört über den Einwand bzw. Widerruf des Mitglieds.

- 5) Beim Austritt werden Name, Adresse und Geburtsjahr des Mitglieds aus dem Mitgliederverzeichnis gelöscht. Personenbezogene Daten des austretenden Mitglieds, die die Kassenverwaltung betreffen, werden gemäß den steuergesetzlichen Bestimmungen bis zu zehn Jahren ab der schriftlichen Bestätigung des Austritts durch den Vorstand aufbewahrt.

§ 22

- 1) Bei einer Auflösung des Verbandes führt der Vorstand die Liquidation durch.
- 2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Verbandes, oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen im Verhältnis der gemeldeten Mitgliederzahlen, an die vom DFV anerkannten, steuerbegünstigten Landesverbände, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden haben.

§ 23

Diese Fassung der Satzung wurde in der Gründungsversammlung am 18. September 1998 in Paderborn beschlossen.

Zuletzt geändert: an der Jahreshauptversammlung in Plauen am 08. März 2015